

Chile: 11. September 1973 – 40 Jahre Neoliberalismus

Der Putsch gegen Salvador Allende am 11. September 1973 hat eine lange Vorgeschichte. Sie zu kennen ist notwendig, um zu verstehen nicht nur, was am 11. September geschah, sondern auch, was in den 40 Jahren danach folgte.

1958 schon war Allende kurz davor, Präsident von Chile zu werden. Nur 3 % fehlten dem erklärten Marxisten zum Gewinn der Wahl. Das war für die USA eine ernste Warnung. Bei den nächsten Wahlen im Jahr 1964 durfte Allende keine Chance gegeben werden, die Präsidentschaft zu erlangen. So richtete die Kennedy-Administration unmittelbar nach ihrem Beginn 1961 einen sogenannten Wahlausschuss aus hochrangigen Beamten des State Departments, des Weißen Hauses und der CIA ein. In Santiago wurde ein entsprechendes Gremium bei der Botschaft geschaffen. Wir sind über die weitreichenden subversiven Aktivitäten detailliert durch einen Bericht eines Untersuchungsausschusses des US-Senats aus dem Jahr 1975 unterrichtet.

„Die Intervention der US-Regierung in Chile 1964 war laut und nahezu obszön“,

zitierte 1973 die Washington Post einen Nachrichtenoffizier. Über 100 Geheimoffiziere wurden eingesetzt, die CIA übernahm mehr als die Hälfte der Wahlkampfkosten der christlich demokratischen Partei mit dem konservativen Kandidaten Eduardo Frei, dem man die besten Chancen gegen Allende einräumte.

„Zusätzlich zur Unterstützung für politische Parteien“, schrieb der Senatsausschuss, „zog die CIA eine massive antikommunistische Propaganda-Kampagne auf. Es wurde umfassend Gebrauch von Presse, Radio, Film, Pamphleten, Postern, Prospekten, direkten Anschreiben, Papierwimpeln und Wandmalereien gemacht. Es war eine Angst-Kampagne, die sich in hohem Maße auf Bilder von Sowjetpanzern und kubanischen Exekutionskommandos stützte und sich speziell an Frauen richtete. Hunderttausende von Kopien des antikommunistischen Hirtenbriefes von Papst Pius XI wurden von christdemokratischen Organisationen verteilt.“

Es war eine gigantische Kampagne der Desinformation, Einschüchterung und schwarzen Propaganda, bei der auch die antikommunistische Schwester von Fidel Castro Juanita ebenso wie der noch antikommunistischere belgische Jesuitenpater Roger Vekemanns mit seinen sozialen Hilfsprogrammen eingesetzt wurden. Sie hatte Erfolg, Allende unterlag Eduardo Frei in den Präsidentschaftswahlen 1964. Aber er gab nicht auf und sein politisches

Programm lag den USA nach wie vor schwer im Magen. Laut US-Senatsausschuss ging es Allende darum,

„das Einkommen neu zu verteilen (2 % der Bevölkerung hielt 46 % des Einkommens) und die chilenische Wirtschaft umzustrukturieren, angefangen bei der Verstaatlichung der wichtigsten Industrien, speziell der Kupfergesellschaften, weitgehend Agrarreformen weiterzuentwickeln und die Beziehungen mit sozialistischen und kommunistischen Ländern auszudehnen.“

Eine Horrorvision, die das Weiße Haus und insbesondere die CIA zur Fortsetzung ihrer Anti-Allende Operationen anspornte. Henry Kissinger, damals (1970) wichtigster Berater von Präsident Nixon, begründete die Notwendigkeit verstärkter Intervention mit der legendären Bemerkung:

„Ich sehe nicht, warum wir daneben stehen müssen und zusehen wie ein Land wegen der Unverantwortlichkeit seines eigenen Volkes kommunistisch wird.“

Aber weder die großzügigsten Finanzen noch die schmutzigste Propaganda halfen, am 4. September 1970 gewann Allende die Mehrheit der Stimmen. Jetzt blieben nur noch sieben Wochen, bis der chilenische Kongress am 24. Oktober zur Wahl des Präsidenten zusammenkommen würde, um den unterlegenen Jorge Alessandri von der christdemokratischen Partei doch noch die Mehrheit im Kongress zu verschaffen.

In diesen Wochen wurde zum ersten Mal ernsthaft erwogen, Allende zu ermorden. Nixon und Kissinger gaben der CIA grünes Licht. CIA-Chef Richard Helms notierte von einem Treffen im Weißen Haus:

„Die Chancen stehen vielleicht 1:10, aber retten Sie Chile...nicht besorgt um die enthaltenen Risiken... 10 Mio. Dollar verfügbar, mehr wenn nötig.... Bringen Sie die Wirtschaft zum Schreien.“

Die Gelder wurden sofort freigegeben, um chilenische Kongressabgeordnete zu kaufen, Alessandri zu wählen. Man drohte, die beträchtliche Wirtschafts- und Militärhilfe zu stoppen. Die Vorbereitungen für einen Staatsstreich liefen auf Hochtouren, doch am 19. Oktober, fünf Tage vor der Wahl im Kongress, musste die CIA eingestehen, dass ein Staatsstreich

„noch keinen Vorwand oder Rechtfertigung hatte, den er anbieten könnte, um ihn in Chile oder Lateinamerika akzeptabel zu machen. Es würde deshalb notwendig erscheinen, einen Grund zu schaffen, um das zu stützen, was wahrscheinlich die Forderung des Militärs nach einem Staatsstreich wäre, um Chile vor dem Kommunismus zu retten.“

Ein Vorschlag ging dahin, Informationen zu verbreiten, nach denen die Kubaner planten, alle Nachrichtendienste nach sowjetischem bzw. kubanischem Muster anzuerkennen, und so die Struktur eines Polizeistaates zu schaffen. Handfester waren die Verhandlungen mit dem Militär, die das Hindernis zu überwinden hatten, dass der Oberkommandierende der Armee, General René Schneider, absolut verfassungstreu war und alle Putschpläne ablehnte. Zwei Tage vor der Wahl kam er bei einer Entführung auf dem Weg zu seiner Arbeit ums Leben. Kissinger behauptet in seinen Memoiren, alle Pläne für einen Putsch bereits am 15. Oktober beendet und von der Entführung durch eine Gruppe um den General Viaux nichts gewusst zu haben. Freigegebene Dokumente des US-amerikanischen Geheimdienstes bezeugen jedoch das Gegenteil, Kissinger war der Mann im Hintergrund.

Zwei Tage später wurde Allende als Kandidat des Bündnisses Unidad Popular zum Präsidenten von Chile gewählt. Sein Programm war nach wie vor revolutionär und für die USA angsteinflößend:

„...die Macht der Imperialisten, der Monopole, der Großgrundbesitzer wird zerschlagen. Wir werden mit dem Aufbau des Sozialismus in Chile beginnen.“

Drei Tage nach dem Wahlsieg Allendes am 7. September 1970 hatte eine Studie der CIA auf die beträchtlichen politischen und psychologischen Kosten hingewiesen, die eine Präsidentschaft Allendes verursachen würden:

„Der Zusammenhalt der Hemisphäre würde durch die Herausforderung, die eine Allende-Regierung der OAS (Organisation der amerikanischen Staaten) stellen würde, und durch die Reaktionen, die sie in anderen Ländern hervorrufen würde, bedroht...Ein Sieg von Allende würde ein endgültiges psychologisches Hemmnis für die USA bedeuten und einen endgültigen psychologischen Vorteil für die marxistische Idee.“

Das war der Kern: die Angst vor einem weiteren sozialistischen Experiment unmittelbar vor den eigenen Toren, die Ausbreitung des kubanischen Virus.

Die Angst war berechtigt, denn die Volksregierung unter Allende begann sofort mit der Verwirklichung ihres Wahlprogramms. Der versprochene halbe Liter Milch an alle Kinder unter 15 Jahren wurde ausgeteilt, die Löhne der Arbeiter und Angestellten wurden gemäß der Inflationsrate erhöht, die Mindestlöhne verdoppelt und die Preise für Strom, Gas und Transport eingefroren. Ein Bauprogramm für 100000 Wohnungen wurde gestartet und die unentgeltliche Behandlung in Krankenhäusern und Polikliniken eingeführt. Für die USA noch gefährlicher war jedoch, dass die Regierung 1971 die wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft verstaatlichte: den Kupferbergbau, die metallurgische Industrie,

die Kohle-, Eisenerz-, Salpeter-, Erdöl- und Zementindustrie, die Elektroenergiewirtschaft und das Fernsprechnetz. Die Regierung sicherte sich die Mehrheit in allen Privatbanken, um damit nicht nur die Kontrolle über den Finanzsektor, sondern auch über die wichtigsten Bereiche der produktiven Wirtschaft und die notwendige Grundlage für ihre Sozialprogramme zu bekommen.

Das war zu viel. Vor allem der Zugriff auf das Großkapital einte die Rechte und forderte sie gemeinsam mit den USA zu massivem Widerstand heraus. Da sie im Parlament die Mehrheit hatte, blockierte sie alle Gesetzesinitiativen der Regierung, die Gerichte verweigerten die Verfolgung von faschistischen Gewalttätern. Private Fuhr- und Busunternehmen stellten ihren Betrieb ein, Kaufhäuser schlossen. Am 5. Dezember 1971 zogen einige hundert Frauen aus den reichen Vororten Töpfe schlagend durch das Zentrum von Santiago, um gegen das angebliche Desaster der Allende-Politik zu demonstrieren. Das Ziel war die Destabilisierung und Chaotisierung der Wirtschaft, welches die Presse mit apokalyptischen Schlagzeilen (Chile am Rande des Verderbens“), abenteuerlichen stories (verdorbenes Fleisch, untrinkbares Wasser) und wilden Gerüchten zu ihrem Kampfauftrag gemacht hatte. Der US-amerikanische Mischkonzern ITT hielt 1970 in einem Memorandum fest:

„Eine realistischere Hoffnung unter den Menschen, die Allende blockieren wollen, ist, dass eine sich schnell verschlechternde Wirtschaft eine Welle von Gewalt in Gang bringen wird, die zu einem militärischen Staatsstreich führt.“

An dieses Rezept hielt sich nicht nur ITT, sondern auch die Nixon-Administration. Sie kürzte umgehend die ökonomischen Hilfsprogramme und strich weitere Kredite, steigerte jedoch die Militärhilfe an Chile sowie die Schulung chilenischen Militärs in den Vereinigten Staaten und Panama. Die US-Import-Export-Bank und die Interamerikanische Entwicklungsbank stoppten ebenso wie Weltbank und IWF alle Verhandlungen über weitere Darlehen. Die CIA entfaltete das ganze Arsenal ihrer subversiven Aktivitäten von Seminaren für chilenische Militäroffiziere, der Infiltration verschiedener Parteien und Medien bis zur Organisation von Hamsterkäufen und Bezahlung von Kollaborateuren, um Fehler bei der Arbeit zu machen. Der Aufwand war finanziell und personell immens. Dennoch gewann die Unidad Popular bei den Wahlen zum Kongress im März 1973 44 % der Stimmen, eine Steigerung um 8% gegenüber 1970.

Doch war dies ein Pyrrhus-Sieg. Denn jetzt begannen die konkreten Pläne für einen Staatsstreich. Im Juni wurde vom Militär und der rechtsextremen Gruppe Patria y Libertad ein Angriff auf den Präsidentenpalast unternommen, der misslang. Von da an arbeiteten die Gruppe, die den Staatsstreich vom 11.

September vorbereitete und die CIA eng zusammen. US-Marine und Airforce bezogen Stellung vor der Küste und beim südlichen Nachbar Argentinien Stellung. Der Putsch dauerte 12 Stunden, danach hatte das Militär gewonnen. Allende begann seine letzte Ansprache mit den Worten:

„Liebe Freunde! Dies ist die letzte Möglichkeit, mich an Sie zu wenden. Die Luftwaffe hat die Sendetürme von Radio Portales und Radio Corporacion bombardiert. Meine Worte enthalten keine Bitterkeit, jedoch Enttäuschung.“ Er endete mit den Worten: *„Glauben Sie weiter daran, dass eher früher als später sich die breiten Straßen wieder öffnen werden, durch die die freien Menschen gehen werden, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen. Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Werktätigen. Das sind meine letzten Worte und ich bin sicher, dass mein Opfer nicht umsonst sein wird. Ich habe die Gewissheit, dass es zumindest eine moralische Lektion ist, die den Treuebruch, die Feigheit und den Verrat strafen wird.“*

40 Jahre danach müssen wir feststellen, dass sich diese Hoffnung Allendes für den größten Teil der chilenischen Gesellschaft bisher nicht erfüllt hat. In den Worten des chilenischen Intellektuellen Carlos Pérez Soto:

„Seit fast vierzig Jahren ist Chile Schauplatz eines tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Experiments. Der Staatsstreich im September 1973 und die darauf folgende blutige Repression ermöglichten den zivilen Ministern der Militärregierung auf brutale Weise jede institutionelle Hürde zu beseitigen und ein der chilenischen Tradition völlig fremdes Wirtschaftsmodell zu implementieren. Dafür gab es weltweit keinen Präzedenzfall. Viele der von den neoliberalen Theoretikern in den letzten Jahrzehnten entwickelten Wirtschafts- und Sozialformeln wurden erstmalig in Chile angewandt. Der viel gepriesene „Erfolg“ des chilenischen Modells verschleiert aber die soziale Katastrophe für die meisten Chilenen und verschweigt dessen Grundlagen.“

Was von den westlichen Regierungen bis hin zum IWF immer wieder als „chilenisches Modell“ gepriesen und empfohlen wird, ist das neoliberale Wirtschaftsmodell des Monetarismus. Milton Friedman und seine Chicago-boys fanden in Chile ein ideales Experimentierfeld, auf dem sie ihr Credo der Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung und Individualisierung nahezu unter Laborbedingungen durchführen konnten. Das bedeutete die vollständige Unterordnung des Staates unter die Interessen der Privatwirtschaft, die totale Herrschaft des Marktes. Die vorangegangenen Versuche, eine eigene Industrie in Chile aufzubauen, wurden aufgegeben. Man holte internationales Kapital und Großkonzerne ins Land und setzte auf Export. Die Folge war nicht nur Ausplünderung der nationalen Ressourcen, sondern auch der Absturz der

Industrieproduktion und des Bruttoinlandproduktes sowie der Anstieg der Arbeitslosigkeit schon 1975 auf 30 % und die drastische Senkung der Reallöhne. Das war alles nur möglich, weil sich der Staat zwar vollkommen aus der Wirtschaft zurückzog, nicht aber aus dem politischen Leben, in das er mit brutaler Härte eingriff. Alle Parteien wurden verboten, die Gewerkschaften zerschlagen, Streiks verboten, der Kündigungsschutz aufgehoben und Versammlungen nur nach Anmeldung bei der Polizei erlaubt. Über 3000 Tote waren der Preis des Staatsstreichs, die gefüllten Gefängnisse, die Folter, die politischen Verfolgungen und die groben Menschenrechtsverletzungen nicht mitgerechnet.

So gewalttätig und radikal die Diktatur Pinochets auch war, es gab natürlich auch Gewinner und Profiteure, die von der Spitze der Gesellschaft bis in den Mittelstand reichten. Es gab Exporterfolge, die über den dramatischen Raubbau an den Naturressourcen hinwegtäuschten. Und so konnte sich Pinochet bis 1988 halten, als ihm eine neue Kandidatur durch ein Plebiszit verwehrt wurde.

Was nach 1989 folgte, als eine Koalition von 17 Parteien, die Concertación, die Wahlen gewann, war nichts anderes als die Verbreiterung und Vertiefung des neoliberalen Systems mit demokratischen Mitteln. Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialversicherungssysteme wurden nach und nach privatisiert und waren dementsprechend nur denen zugänglich, die sie bezahlen konnten. Ob es die konservativen Regierungen von Patricio Aylwin (1990 – 1994), Eduardo Frei (1994 – 2000) oder Sebastian Piñera (2010 – 2011) oder die Sozialisten Carlos Lagos (2000 - 2006) und Michelle Bachelet (2006 – 2010) waren, alle blieben dem neoliberalen Modell grundsätzlich verpflichtet. Für die heutige chilenische Gesellschaft gilt deswegen, was der chilenische Soziologe Jorge Rojas Hernandez so formuliert:

Sie „hat das Ziel, eine soziale Ordnung herzustellen, die allein das Individuum in das Zentrum aller gesellschaftlichen Belange stellt, ein Individuum, das als abstraktes Wesen, als frei von Gesellschaft gesehen wird und dessen Beziehungen zu den anderen Individuen geschäftlicher Natur sein sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Militärs die chilenische Gesellschaft gewaltsam desorganisiert, während die von ihnen eingesetzten neoliberalen Wirtschaftsexperten mit Wirtschaftspolitik, Gewalt und Medien die lokalen Normen sozialer Beziehungen der des Marktes unterworfen haben. Die Diktatur hat die sozialen Strukturen und die emanzipatorischen Projekte zerstört, die sich historisch bis 1973 in Chile gebildet hatten; der gewaltsam deregulierte Markt hat die Gesellschaft privatisiert und individualisiert. Diese beiden Diktaturen bildeten die Grundlage für die Art Gesellschaft, die heute das Land bestimmt.“

Chile weist Rekordzahlen der Kindesmisshandlung, Gewalt in der Familie und Aggressivität in der Öffentlichkeit auf. Beobachter sprechen von wachsenden Depressionsraten, der Zunahme psychosomatischer Erkrankungen, Dysfunktionen in der Kommunikation und emotionalen Beziehungsstörungen, die der Pharmaindustrie steigende Absätze garantieren. Wie Carlos Pérez Soto es ausdrückt:

„Chile ist das Land des depressiven Zusammenbruchs... Chile ist eine zutiefst gewalttätige Gesellschaft.“

Wo bleibt da die Opposition, der Protest, müssen wir fragen? Unsere Medien berichten nur äußerst selten, aber der Protest ereignet sich fast täglich in Chile. Es sind die Schüler und Studierenden aber auch Fußballfans und die Armen der Vorstädte, die ihren Protest gegen Armut, das herrschende Bildungssystem und soziale Gewalt spätestens seit 2006 in Massendemonstrationen und landesweiten Streiksauf die Straße tragen. Im Juni dieses Jahres gingen weit über 100 000 Schülerinnen, Schüler und Studierende auf die Straße, um gegen die zunehmende Privatisierung der Universitäten und für ein gerechtes Bildungssystem zu protestieren. Die Parteien der Mitte und der Linken sind seit der Niederlage in der Wahl von 2010 gegen den reichsten Mann Chiles und Kandidaten der Rechten Sebastian Piñera zersplittert und schwach.

Am 17. November, in gut vier Wochen tritt Michelle Bachelet mit vielen sozialen und ökonomischen Versprechen für eine größere Gerechtigkeit in Chile wiederum zur nächsten Präsidentenwahl an. In den vier Jahren ihrer ersten Präsidentschaft (2006 – 2010) hat sie von derartigen Versprechen nicht viel einlösen können. Und auch jetzt sind die Erwartungen gering, denn sie will sich nicht grundsätzlich von dem neoliberalen Modell verabschieden.

Hamburg, 15. Oktober 2013

Norman Paech